

## **Angebotsorientierte oder nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik?**

Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 16, 01.03.1983, Seite 4

Heute wird nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland die gesamtwirtschaftliche Situation im Inland und Ausland einheitlich gesehen und bewertet: es gibt zu viele Arbeitslose, die Inflationsrate ist zu hoch, das Wirtschaftswachstum zu gering, hohe außenwirtschaftliche Ungleichgewichte weltweit geben zu berechtigter Sorge Anlaß.

So groß aber der Konsens aller im Hinblick auf diese Situationsanalyse ist, so wenig Übereinstimmung gibt es darüber, worauf diese verfahrenere Lage zurückzuführen ist, welche Ziele schwergewichtig anzustreben und welche Maßnahmen in welcher Kombination in die Wege zu leiten sind, um aus dieser Lage wieder herauszukommen.

Versucht man, die unterschiedlichen Meinungen ohne Rücksicht auf bestimmte Schattierungen und Differenzierungen in das beliebte Schwarz/Weiß-Schema zu pressen, so kann man zwei wirtschaftspolitische Konzeptionen einander gegenüberstellen, die mittlerweile unter den Namen „angebotsorientierte bzw. nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik“ auch einer breiteren wirtschaftspolitischen Öffentlichkeit bekanntgeworden sind.

Diese beiden wirtschaftspolitischen Konzeptionen sollen im folgenden dargestellt und analysiert werden. In diesem Zusammenhang stellen sich dann folgende Fragen:

1. Wie sieht die theoretische Basis der beiden Konzeptionen aus oder anders ausgedrückt: welche Erklärung geben sie für die augenblickliche Situation?
2. Welche gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele haben im Rahmen der jeweiligen Konzeption Vorrang, welche werden als nachrangig angesehen?
3. Welches Maßnahmebündel wird aus welchen Gründen als geeignet angesehen, die bestehenden Probleme einer Lösung zuzuführen?
4. Was kann man zur Beurteilung der beiden Konzeptionen sagen?

### **Die theoretische Basis**

Sucht man nach Namen international bekannter und berühmter Ökonomen, mit deren Theorie die beiden Konzeptionen in Verbindung zu bringen sind, so fällt bei den Anhängern einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik vor allem ein Name: Keynes.

Für die Charakterisierung der angebotsorientierten Politik reicht die Nennung eines Namens nicht. Ganz allgemein kann man sagen, daß wir hier eine Neuauflage klassisch-liberalen Gedankengutes vor uns haben, für das die Namen A. Smith, J. B. Say und J. St. Mill stehen. Als noch lebender Ökonom ist vor allem der Nobelpreisträger v. Hayek zu nennen. Darüber hinaus lassen sich wichtige Verbindungen zu Monetaristen wie M. Friedman und K. Brunner feststellen.

Inhaltlich läßt sich die theoretische Basis der beiden Konzeptionen folgendermaßen charakterisieren. Die Vertreter der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gehen davon aus, daß das privatwirtschaftliche Marktsystem von seinem „Wesen“ her kurz- und langfristig zur Instabilität neigt. Diese Instabilität des Marktsystems ist nur durch externe Eingriffe des Staates zu kompensieren, wobei der Staat bei seiner Politik nach dem Motto „Die Nachfrage schafft sich ihr Angebot“ mit seinen Maßnahmen schwergewichtig an den Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage anzusetzen hat.

Im Gegensatz dazu vertreten die Verfechter der angebotsorientierten Politik die Ansicht, daß eine auf Privateigentum basierende Marktwirtschaft zumindest mittel- und langfristig in sich stabil ist. Die augenblicklich herrschende Arbeitslosigkeit, Inflation, Stagnation und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind nicht dem marktwirtschaftlichen System anzulasten, sondern sind gerade darauf zurückzuführen, daß der Staat durch seine verstärkten Eingriffe in

den letzten Jahren dieses System destabilisiert hat. Gemäß dem klassischen Motto „Das Angebot schafft sich seine Nachfrage“ ist es die Aufgabe des Staates, die externen Rahmenbedingungen so zu setzen, daß es sich für die privaten Wirtschaftseinheiten wieder lohnt, ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an Gütern und Faktorleistungen auf den Markt zu bringen.

### **Ziele und ihre Gewichtung**

Gemäß der klassisch-liberalen Herkunft ihrer Ideen stellen die „Angebotspolitiker“ von den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wie Freiheit, Wohlstand, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit die Freiheit ganz oben an. Ihrer Meinung nach ist die Freiheit der Anbieter und Nachfrager auf den Güter- und Faktormärkten, im Rahmen der gesetzlichen Regeln tun und lassen zu können, was in ihrem eigenen Interesse liegt, die Voraussetzung für mehr allgemeinen Wohlstand und mehr soziale Sicherheit für alle. Dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit stehen sie hingegen sehr skeptisch gegenüber, wenn darunter etwa eine Gleichverteilung der Güter und Rechte verstanden wird, da sie hier Konflikte zwischen diesem Ziel und den anderen höher gewerteten Zielen konstatieren.

Von den wirtschaftspolitischen Zielen sehen sie das wirtschaftliche Wachstum als ein sehr wichtiges, wenn nicht als das wichtigste Ziel an. Denn sie sehen in wirtschaftlichem Wachstum nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Mehrung des allgemeinen Wohlstands auf der ganzen Welt, sondern auch für den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus kann nach ihrer Meinung die zusätzliche Güterproduktion die Anti-Inflationspolitik von der Angebotsseite her entlasten und bestehende Handelsbilanzdefizite über dadurch mögliche Mehrexporte und/oder Importsubstitutionen verringern helfen.

Demgegenüber steht bei den „Nachfragepolitikern“ gerade die soziale Gerechtigkeit ganz oben in ihrer gesellschaftspolitischen Rangskala. Somit spielt die „soziale Ausgewogenheit“ bei der Bewertung der jeweiligen Maßnahmen eine sehr große Rolle, während das für die „Angebotspolitiker“ entscheidende Ziel der Freiheit hier immer unter dem Vorbehalt gesehen wird, ja doch nur die Freiheit der wirtschaftlich Mächtigen zu fördern.

Von den wirtschaftspolitischen Zielen steht bei den Befürwortern der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zweifellos das Beschäftigungsziel an der ersten Stelle ihrer Prioritätenliste. Diesem Ziel werden alle anderen wie das Ziel der Preisstabilität und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts untergeordnet.

Im Hinblick auf das wirtschaftliche Wachstum gibt es unterschiedliche Meinungen. Während die einen dem Wirtschaftswachstum als Arbeitsplatzbeschaffer grundsätzlich durchaus positiv gegenüberstehen, aber Wachstumspessimismus an den Tag legen, sind andere, wenn überhaupt, nur für „qualitatives“ Wachstum.

### **Der Maßnahmenkatalog**

Im Mittelpunkt beider Konzeptionen steht die Förderung der Investitionen. Doch ist der Blickpunkt ganz unterschiedlich. Während nämlich die „Nachfragepolitiker“ schwergewichtig den kurzfristigen Einkommens- und Nachfrageeffekt zusätzlicher Investitionen in den Vordergrund ihrer Betrachtung stellen, haben die „Angebotspolitiker“ vor allem das potentielle zukünftige Angebot im Auge, das aus den heutigen Investitionsausgaben erwächst.

Während die „Angebotspolitiker“ schwergewichtig die Investitionsfähigkeit und -willigkeit der privaten Unternehmen stützen wollen, sehen die „Nachfragepolitiker“ neben der Förderung privater Investitionen einen wichtigen Schwerpunkt ihrer Politik in der Forcierung öffentlicher, staatlicher Investitionen.

Während die Vertreter einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund ihrer theoretischen und politischen Grundsätze Niveau und Struktur der Investitionen grundsätzlich den Entscheidungen der privaten Investoren überlassen wollen, haben die Verfechter der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik im allgemeinen genaue inhaltliche Vorstellungen darüber,

wo und wie vor allem die öffentliche Hand investieren soll: z.B. in den Umweltschutz, in öffentliche Nahverkehrsmittel, in alternative Energien.

Das Schwergewicht investitionsfördernder Maßnahmen sehen die „Angebotspolitiker“ in einer Kostenentlastung der Unternehmen vor allem durch Steuersenkungsmaßnahmen des Staates, durch die Verringerung sonstiger Abgaben, durch den Abbau administrativer Investitionshemmnisse, durch lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften. Demgegenüber sehen die „Nachfragepolitiker“ in der forcierten Erhöhung der staatlichen (Investitions-) Ausgaben auch ein Mittel, die privaten Investitionen anzuregen. Der Forderung nach lohnpolitischer Zurückhaltung stehen sie ablehnend gegenüber, da für sie der Lohn in erster Linie einen Nachfragefaktor und erst in zweiter Linie einen Kostenfaktor darstellt. Eine Kostenentlastung für die Unternehmen sehen sie vor allem in einer „Politik des billigen Geldes“ durch die zentrale Notenbank.

Vor dem Hintergrund der klassischen Theorie (mehr Sparen – niedrigerer Zins – mehr Investitionen) muß auch die Forderung der „Angebotspolitiker“ gesehen werden, z.B. durch steuerpolitische Maßnahmen die Sparwilligkeit und Sparfähigkeit der privaten Haushalte zu fördern. Da die „Nachfragepolitiker“ im Sinne von Keynes Sparen nur als Ausfall von aktueller Nachfrage interpretieren, kann eine solche Politik natürlich nicht ihren Beifall finden.

Die „Angebotspolitiker“ wollen aber nicht nur das Angebot an Gütern und das Angebot an Sparkapital erhöhen, sondern auch das Angebot an Arbeit. Nach ihrer Meinung haben steuer- und abgabepolitische und lohnpolitische Maßnahmen dazu geführt, daß es sich für die Arbeitnehmer immer weniger lohnt, quantitativ und qualitativ ein Mehr an Arbeitskraft an den „offiziellen“ Markt zu bringen. Diesen Trend gilt es deswegen durch eine Verringerung der marginalen Steuerbelastung (z.B. durch Abflachung des Progressionsverlaufs bzw. Verlängerung der Eingangsproportionalzone) und durch eine „Entzerrung“ der Lohnrelationen (Abkehr von der Lohnnivellierung zu stoppen. Vor allem die letztere Maßnahme widerspricht aber den Gerechtigkeitsvorstellungen der „Nachfragepolitiker“.

### **Kritische Würdigung**

Überblickt man die theoretische Basis, die Gewichtung der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele und die vorgeschlagenen Maßnahmen der oben skizzierten wirtschaftspolitischen Konzeptionen dann läßt sich bei beiden die logische Konsistenz nicht absprechen.

Wenn das marktwirtschaftliche System tatsächlich in sich stabil ist, wenn die anderen (neo-)klassischen Theorien tatsächlich Gültigkeit haben und wenn die Gewichtung der Ziele so ausfällt wie bei den „Angebotspolitikern“, dann muß in der Tat der Einfluß des Staates zurückgedrängt werden und es müssen die „Selbstheilungskräfte“ des Marktes gefördert werden.

Wer aber die Gültigkeit aller von den „Angebotspolitikern“ genannter Prämissen oder eines Teils von ihnen in Frage stellt, wie es z.B. die „Nachfragepolitiker“ tun, der braucht auch nicht die obigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wie steht es also um die Gültigkeit der Prämissen?

Schauen wir uns zunächst einmal die „ideologische“ Komponente, nämlich die Ziele und ihre Gewichtung, an. Wenn z.B. ein liberaler Ökonom und Sozialphilosoph wie v. Hayek bei jeder Gelegenheit die Unvereinbarkeit von freiheitlichem Marktsystem und dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit herausstellt, dann werden diejenigen, die die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben, das angebotspolitische Rezept, das ja im Kern eine Revitalisierung des marktwirtschaftlichen Systems fordert, ablehnen: Auch dann, wenn sie einige oder sogar alle (neo-)klassischen Hypothesen und Theorien als wahr akzeptieren.

Aber der Dissens zwischen „Angebots- und Nachfragepolitikern“ umfaßt ja nicht nur, wie oben gezeigt, die ideologische Komponente, sondern auch die theoretische Basis. Hier kann letzten Endes nur der Test der Theorien und der darauf aufbauenden Maßnahmen in der Praxis darüber entscheiden, wer recht hat.

Gibt es solche empirische Tests? Schaut man sich daraufhin die wirtschaftliche Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland an, dann stellen wir fest, daß in den „goldenen“ 50- und 60er Jahren – verbunden mit dem Namen Ludwig Erhard – eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik betrieben wurde. Keynesianische nachfrageorientierte Ideen begannen sich erst Ende der 60er Jahre auch in der deutschen Wirtschaftspolitik durchzusetzen, als die Situation schwieriger wurde: mehr Arbeitslose, höhere Inflationsraten, niedrigere Wachstumsraten.

Nun wäre es zu einfach daraus den Schluß zu ziehen, daß sich die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik allein deswegen verschlechtert hat, weil die angebotsorientierte einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik Platz machen mußte. Die augenblicklich laufenden wirtschaftspolitischen Experimente in den USA (Reaganomics) und Großbritannien (Thatcherismus), die auf angebotsorientierten Ideen basieren, zeigen, daß auch hier keine Wunder zu erwarten sind. Andererseits kann das nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Experiment in Mitterrands Frankreich keinesfalls mit besseren Ergebnissen aufwarten.

Will man ein Fazit ziehen, so sollte man sich vielleicht an die Mahnung eines anderen Nobelpreisträgers, des amerikanischen Ökonomen Samuelson halten: „The Lord gave us two eyes to watch both demand and supply.“